

FORUM 8b:

Weiterbildung und Beratung für die Arbeitswelt 4.0

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand



Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Veranstaltung:

dvb-Jahrestagung , Thema: Digitalisierung in der Beratung

Zeit / Ort :

11. bis 13. Oktober 2019, Halberstadt / Harz

Referent:

Arnfried Gläser, GEW Hauptvorstand, Referent für Berufliche Bildung und Weiterbildung

Weiterbildung. Weiter denken!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand



Die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und GEW möchten sich in die Debatte für eine zukunftsorientierte Weiterbildung einbringen und sie befördern.

Zur Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems schlagen wir ein Bundesgesetz für die Weiterbildung vor und konkretisieren diesen Reformvorschlag in sechs Punkten:

1. Finanzierung
2. Lernzeiten
3. Information und Beratung
4. Qualitätssicherung und Personalentwicklung
5. Abschlüsse und Zertifikate
6. Verantwortung klären, vernetzen und regionalisieren

WEITERBILDUNG REFORMIEREN: SECHS VORSCHLÄGE DIE WIRKLICH HELFEN



Darum wollen ver.di, IG Metall
und GEW ein Bundesgesetz für
die Weiterbildung



Handlungsdruck und Handlungsfelder – Warum sind Bundesregelungen erforderlich?

Weiterbildung ist systemrelevant!

Sie dient als Moderator, Katalysator und Motor gesellschaftlichen Wandels. Sie wird als “Problemlöser“ genutzt und als Instrument zur Entfaltung der Persönlichkeit in allen Bereichen des Lebens in Anspruch genommen.

Beispiele für Bedarf und Nützlichkeit:

Digitalisierung

Neuorientierung

Zivilgesellschaft

Strukturwandel

Pluralisierung

Individualisierung

Demokratie

Globalisierung

Demographie

Chancenerhalt

Der Weiterbildungsbereich in Deutschland stellt sich heute insgesamt als fragil und zerklüftet dar.

- ✿ **Kommerzialisierung** und eine immer stärkere Orientierung an betriebswirtschaftlichen Vorgehensweisen
- ✿ Weiterbildungseinrichtungen sind **unterfinanziert**.
- ✿ Hauptsächlich **befristete Projekte**. Nachhaltige strukturelle Reformen unterbleiben aus Kostengründen.
- ✿ **prekäre Beschäftigungslage** vieler Mitarbeiter in der Weiterbildung (befristete Verträge, geringe Bezahlung, Arbeit auf Honorarbasis, unzulängliche soziale Absicherung, Selbstausbeutung)
- ✿ **Keine Entfaltung von Standards** und einheitlichen Ausbildungswegen
- ✿ **Keine tarifvertragliche Absicherung** der Beschäftigung (der öffentlich finanzierte Weiterbildungsbereich gehört in weiten Teilen zum Niedriglohnsektor)
- ✿ **Plurale Anbieterstruktur sowie Förderstruktur** machen den Weiterbildungssektor unübersichtlich und wildwüchsig. Die Folge sind Intransparenz und Qualitätsprobleme.
- ✿ Betriebliche, die überbetriebliche individuelle Weiterbildung und die Weiterbildung der Agentur für Arbeit **agieren weitgehend unabhängig voneinander**.
- ✿ **Staat, Unternehmen, Gewerkschaften, Individuen und Bildungseinrichtungen** sind **nicht** wie in anderen erfolgreicheren europäischen Ländern – z. B. in Dänemark und in den Niederlanden – in ein System unterschiedlicher Verantwortlichkeiten **eingebunden**

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung

Geschichte

- Vorschläge für Bundesregelungen in der beruflichen Weiterbildung (2001)
- Notstand: Weiterbildung in Deutschland. Die gewerkschaftliche Initiative legt ihr neues Konzept vor (2008)
- Weiterbildung reformieren: Sechs Vorschläge die wirklich helfen (2017)

Aktivitäten

- Förderung von zahlreichen Studien
- Durchführung verschiedener Veranstaltungen
- Beteiligung und Verbreitung in unterschiedlichen Gremien



Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Finanzierung

- Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung auf eine neue Grundlage stellen
- Finanzierung der individuellen Weiterbildung gewährleisten
- Finanzierung der Weiterbildung von Erwerbslosen Weiterentwickeln.

Eine vorausschauende und strategische Weiterbildungspolitik wird zum Dreh- und Angelpunkt der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik im digitalen Wandel.

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung

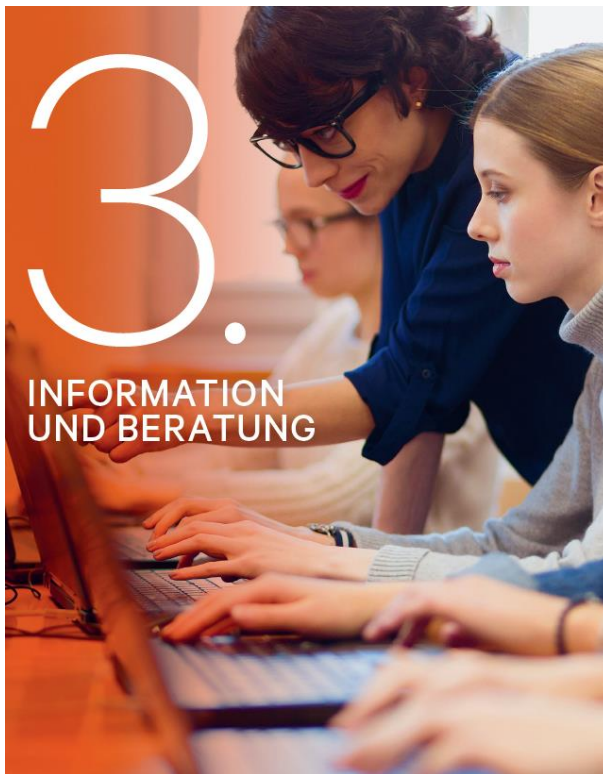


Lernzeiten

- Bundeseinheitlicher Anspruch auf Bildungsfreistellung
- Bildungsteilzeit sichern
- Bildungskarenz ermöglichen

Es ist darauf hinzuweisen, dass es nicht genügt, Lernzeitanprüche festzuschreiben. Gerade für Bildungsbenachteiligte bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, um sie von der Sinnhaftigkeit der Nutzung zu überzeugen. Damit ist die Bedeutung der Beratung benannt.

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Information und Beratung

- Flächendeckendes Netz von Weiterbildungsberatungsstellen schaffen
- Bundesweite telefonische und internetbasierte Weiterbildungsberatung einrichten
- Betriebliche Weiterbildungsbeauftragte installieren
- Beratungsqualität sichern und entwickeln

Die Bundesagentur für Arbeit wird über das **QUALIFIZIERUNGSCHANCENGESETZ** nun auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beraten. Sie soll zum größten Akteur der Weiterbildungsberatung werden. Wichtig ist, dass sie andere Beratungsinitiativen nicht an den Rand drängt. Gute Beratung funktioniert nur im Netzwerk.

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Qualitätssicherung und Personalentwicklung

- Öffentliche Förderung nur für Einrichtungen mit Qualitätsstandards und -verfahren vorsehen
- Mindeststandards für die Lehre in der Weiterbildung festlegen
- Teilnehmerschutz stärken
- Qualitätsbericht regelmäßig erstellen

Es geht darum, das Kerngeschäft zu stärken, nämlich das der Bildungseinrichtungen und nicht das der externen Berater*innen und Zertifizierer*innen. Deshalb sollte von einem neu zu schaffenden nationalen Weiterbildungsrat ein entsprechender Evaluationsauftrag vergeben werden.

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Abschlüsse und Zertifikate

- Anerkennung von Kompetenzen erleichtern
- Validierung und Zertifizierung gebührenfrei ermöglichen
- Arbeitsmarktrelevante Zertifikate zulassen
- Fortbildungsordnungen und Rahmenpläne erstellen

Zur Einführung einer standardisierten Kompetenzerfassung, -bewertung und -anerkennung in öffentlicher Verantwortung müssen die Verfahren so angelegt sein, dass sie nutzerorientiert sind.

Gewerkschaftliche Vorschläge für ein Bundesgesetz für die Weiterbildung



Verantwortung klären, vernetzen und regionalisieren

- Regionale Weiterbildungsräte einrichten
- Einen nationalen Weiterbildungsrat schaffen

Wenn die Bundesagentur für Arbeit eine aktive Steuerungsaufgabe in der beruflichen Weiterbildung übernehmen soll, die auch präventiv orientiert ist, dann ist sie aus- und umzubauen.

Das **DIE** könnte aus unserer Sicht für die Weiterbildung eine ähnliche Funktion übernehmen, wie das **BIBB** für die berufliche Bildung.

Weiterbildung. Weiter denken!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand



Nationale Weiterbildungsstrategie

ZITAT:

„Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen stärker als bisher zu fördern. Unter Federführung des BMBF und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist so die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) entstanden.

Sie soll vor allem Antworten auf den digitalen Wandel finden und für Chancengleichheit für alle Menschen in der Arbeitswelt sorgen.“

Unter:

<https://www.bmbf.de/de/nationale-weiterbildungsstrategie-8853.html>





NATIONALE
WEITERBILDUNGSSTRATEGIE

Auszug (Seite 10)

II. Handlungsziele

3. Lebensbegleitende Weiterbildungsberatung flächendeckend vernetzen und Qualifizierungsberatung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stärken.

...

Insgesamt verfolgt die Nationale Weiterbildungsstrategie das Ziel, die bestehenden Beratungsangebote, insbesondere von Bund, Ländern, Kammern, Verbänden und Bildungswerken, zu einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen lebensbegleitenden Beratungsstruktur **auszubauen und zu vernetzen**.

Im Rahmen der Weiterbildungsberatung muss es auch darum gehen, die entsprechenden Personengruppen (z. B. gering Qualifizierte, Fachkräfte, Führungsnachwuchs) in enger Abstimmung mit den Betrieben verstärkt für eine berufliche Weiterbildung zu motivieren und den **möglichst niedrigschwiligen Zugang zu einer beruflichen Weiterbildung** zu ebnen.

Nationale Weiterbildungsstrategie – Ansatzpunkte für ver.di und GEW

Gemeinsame Entwicklung einer Position mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften und Einflussnahme auf den politischen Prozess, so z.B. zu den Punkten:

- Geförderte Bildungszeiten und Bildungsteilzeiten
- Novelle des AFBG
- Lebensbegleitende Berufsberatung
- Einrichtung/Etablierung von betrieblichen Weiterbildungsmentoren

Darüber hinaus wollen ver.di und GEW insbesondere auf die Umsetzung der folgenden drei Commitments Einfluss nehmen:



Nationale Weiterbildungsstrategie – Ansatzpunkte für ver.di und GEW

Commitment im Handlungsziel 9:

- Bund und Länder prüfen die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Erwerbstätigen in der öffentlich finanzierten beruflichen Weiterbildung. Die Sozialpartner werden mit einbezogen.

Commitment im Handlungsziel 8:

- Die Länder prüfen, inwieweit in den Regionen der Aufbau bzw. der Ausbau bereits vorhandener Netzwerke möglich ist, in denen die Einrichtungen der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung, u. a. auch ÜBS, vertreten sind. Die bildungsbereichs- und trägerübergreifenden regionalen Netzwerke beziehen die Bundesagentur für Arbeit, die zuständigen Stellen und die Sozialpartner mit ein. Ziel ist, innovative Maßnahmen im Bereich des lebensbegleitenden Lernens anzuregen und abzusprechen.

Nationale Weiterbildungsstrategie – Ansatzpunkte für ver.di und GEW

Commitment im Handlungsziel 5:

- Für den Bereich der Förderleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und III werden das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Lichte der Ergebnisse und Vorschläge der AZAV Evaluation die Anpassungs- und Fortentwicklungsbedarfe im Akkreditierungs- und Zulassungsverfahren Arbeitsförderung (AZAV) prüfen. In die Prüfung werden auch die maßgeblichen Prozesse und Stakeholder einbezogen, die Einfluss auf die Qualität der Erbringung von Weiterbildungsangeboten haben.

Weiterbildung.
Weiter denken!

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand



**Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Kontaktdaten:

Arnfried Gläser
Referent

GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Vorstandsbereich
Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
D-60489 Frankfurt am Main
Telefon: +49 / 69-78973319
E-Mail: arnfried.glaeser@gew.de



GEW Hauptvorstand